



**DIVA-Briefing Sommer 2021:**

**Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2021**

**Die Aussagen zu Rentenpolitik/Altersvorsorge, Kranken-/ Pflegeversicherung,  
Banking/Finanzprodukte, Finanzberatung, Steuern und Abgaben**

**Analyse des Deutschen Instituts  
für Vermögensbildung und Alterssicherung**

**Teil II: Originalaussagen der Wahlprogramme, gegliedert nach politischen Themen**

**Stand Juli 2021**

Deutsches Institut für Vermögensbildung  
und Alterssicherung GmbH, Marburg

Geschäftsführer: Dr. Helge Lach, Lutz Heer

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Heuser

Verantwortlich für das DIVA-Briefing: Prof. Dr. Michael Heuser

Kontakt: Tel. 06421-59078-11 | [michael.heuser@diva.de](mailto:michael.heuser@diva.de)

Das DIVA ist ein An-Institut der Fachhochschule der Wirtschaft.

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						

## 1. Rentenpolitik / Altersvorsorge

### 1.1 Grundsätzliches zum Altersvorsorgesystem

1.1.1 Grundsätzliches		„Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind.“	„Zentrale Grundlage ... bleibt für uns die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren verlässlichen Leistungen und ihrer solidarischen Finanzierung.“	Es ist „... zwingend nötig, das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig finanzierbar zu gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. Wir Freie Demokraten wollen die Rente auf diese Weise enkelfit machen.“  „Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge (können) je nach Lebenslage flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Alle Ansprüche aus diesem „Rentenbaukasten“ sollen bei Wechseln zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit flexibel mitgenommen werden können.“		
-----------------------	--	---	---	--	--	--

### 1.2 Gesetzliche Rentenversicherung

1.2.1 Beitragssatz / Renteneintrittsalter / Sicherungsniveau / Steuerzuschuss, -finanzierung	„Wir wollen den Menschen helfen, das tatsächliche Regelrenteneintrittsalter (67 Jahre, d.Verf.) zu erreichen.“	„Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns hohe Priorität.“ „Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden.“ „Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.“	„Wir ... stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.“ „Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab .... Den gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, werden wir beibehalten.“	„Wir Freie Demokraten wollen das Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, erhält eine höhere Rente. Wer das 60. Lebensjahr und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundversicherungsniveau erreicht, soll selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt.“	„Der drohenden Überlastung der Beitragszahler muss durch einen höherem Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung entgegengewirkt werden, versicherungsfremde Leistungen sind aus Steuermitteln zu begleichen.“ „Wir wollen ... jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten. Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab.“	„Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben.“ „Als Garantie führen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro ... ein ...“ „Sie wird aus Steuern finanziert.“ „Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. (...) Jede*r muss wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.“
--	--	---	---	---	---	---

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
<b>1.2.2 Zuverdienstgrenzen, Teilrenten</b>				„Zuverdienstgrenzen schaffen wir ab, und Teilrenten sind unkompliziert möglich.“		
<b>1.2.3 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern</b>	<p>„..., wollen wir eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.“</p> <p>„Selbstständige sollen zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen insolvenzgesicherten und zugriffsgeschützten Vorsorgearten wählen können.“</p>	<p>„In einem ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung sorgen wir dafür, dass Selbständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden.“</p>	<p>„Wir werden eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge einführen. ... - und wir werden die Gesamtbelastung insbesondere für Solo-Selbständige mit niedrigem Einkommen im Auge behalten.“</p> <p>„Solidarität in der Alterssicherung bedeutet für uns zudem, dass auch die Selbständigen, Beamt*innen, freien Berufe und Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und die Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbstständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass Personen mit Zickzack-Lebensläufen beim Wechsel in die Selbstständigkeit ihre Direktversicherung oder ihre Riester-Förderung verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung für angemessen.“</p>	<p>„Politiker sollen wie andere Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.“</p> <p>„Die AfD möchte ... die Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben beschränken, .... Auf diese Weise wird ein Großteil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen.“</p>	<p>„Als LINKES Kernprojekt beziehen wir alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. (...) Unser Konzept der Solidarischen Erwerbstätigenversicherung bietet eine gesetzliche Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler*innen, Beamt*innen, Manager*innen und Politiker*innen. Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.“</p>
<b>1.2.4 Rentenformel / Nachhaltigkeitsfaktor / Nachholfaktor</b>				„Rentenanpassungsformel für einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen“: „Dazu muss neben anderem auch der Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel reaktiviert werden.“		
<b>1.2.5 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze</b>		„Wir führen darüber hinaus eine von den Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine ausreichende Rente erhalten.“				„Die Beitragsbemessungsgrenze ... wird zunächst vereinheitlicht und dann in mehreren Schritten drastisch angehoben. Die Höhe der Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnitts soll abgeflacht werden.“
<b>1.2.6 Freiwillige Einzahlungen</b>	„Freiwillige Beiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung in jeglicher gewünschten Höhe werden wir zulassen, maximal bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.“		„Wir wollen allen gesetzlich verpflichtet Versicherten zusätzlich die Möglichkeit einräumen, sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern.“			„Außerdem soll es Versicherten und ihren Arbeitgeber*innen erleichtert werden, bis zu einer bestimmten Grenze freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.“

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
<b>1.2.7 Kapitalmarktbasiertere Komponenten der gesetzlichen Altersvorsorge</b>	„Wir wollen ein Konzept entwickeln, um in Deutschland eine neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu etablieren.  Dafür kann eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an ein guter Baustein sein. Wir werden prüfen, wie man die Generationenrente mit einem staatlichen Monatsbeitrag zur Anlage in einem Pensionsfonds - mit Schutz vor staatlichem Zugriff – ausgestalten kann. Unser Ziel ist es, mit einem attraktiven Instrumentenmix, Altersarmut wirksam zu vermeiden.“	„Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. (...) Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. (...) Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien.“		„Gesetzliche Aktienrente“: „... schlagen wir vor, die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler zu stellen, ... Dabei wird genau derselbe Anteil wie bisher für die Altersvorsorge aufgewendet ... neben dem größeren Betrag, der weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, (wird) ein kleinerer Betrag von zum Beispiel zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt ...“		„Die Rente darf nicht über Kapitalmärkte »gesichert« werden ...“
<b>1.2.8 Doppelbesteuerung Renten</b>				„Wir Freie Demokraten wollen eine Doppelbesteuerung von Renten verhindern und die Beweislastumkehr zugunsten der Steuerpflichtigen einführen.“		„Die Doppelbesteuerung der Renten wollen wir abschaffen.“
<b>1.2.9 Sonstiges</b>				„Wir Freie Demokraten wollen eine Basis-Rente einführen. Das erreichen wir durch einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung.“	„Familien (sollen) für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuerermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern.“	„Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentner*innen endlich beenden. Wir fordern die sofortige Angleichung des »aktuellen Rentenwertes (Ost)« an das Westniveau ...“

### 1.3 Betriebliche Altersvorsorge

<b>1.3.1 Betriebliche Altersvorsorge</b>	„Wir wollen, dass noch mehr Menschen betrieblich für ihr Alter vorsorgen .... Wir werden die Mitnahme der Ansprüche aus einer betrieblichen Altersvorsorge beim Jobwechsel weiter verbessern. ... Gerade mit Blick auf Geringverdiener wollen wir ein Konzept einer „Betrieblichen Alters-“	„Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den Bürger*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen einfacher zu machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine Beitragsgarantie für	„Unser ist Ziel ist, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind. Dabei sollten tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt werden.“	„Die Möglichkeit zu breiteren Anlageformen und insbesondere höheren Aktienquoten haben nur tarifgebundene Unternehmen. Wir wollen allen Unternehmen die Möglichkeit einer „reinen Beitragszusage“ (höherer Aktienanteil) und des automatischen Einbezugs ganzer Belegschaften (mit „Opt-Out“-Möglichkeit für die einzel-		„Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber*innen im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter Zielrenten aus der Haftung zu entlassen. Das gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.“
--	---	---	---	--	--	--

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
	vorsorge für alle“ entwickeln, ...“	kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen, dass Selbstständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben wie abhängig Beschäftigte.“		nen Beschäftigten) geben. Zudem muss die Doppelverbeitragung in der gesetzlichen Kranken- sowie Pflegeversicherung für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge beendet werden, ...“		„Statt einer überwiegend von den Beschäftigten finanzierten betrieblichen Altersvorsorge wollen wir eine überwiegend von den Arbeitgeber*innen finanzierte betriebliche Altersversorgung (als betriebliche Sozialleistung). Dafür sollen verbindliche tarifvertragliche Regelungen die Grundlage sein.“

#### 1.4 Staatlich geförderte private Altersvorsorge; Riester-, Rürup-Rente

<b>1.4.1 Riester-, Rürup-Rente</b>	„Wir werden Kriterien für ein Standardvorsorgeprodukt festlegen. Dieses Produkt ist verpflichtend für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es sei denn, sie widersprechen der Einbeziehung (Opt-Out).“ „Das Standardprodukt soll ohne Abschlusskosten und mit möglichst niedrigen Verwaltungskosten auskommen.“	Wir „...senken mit Standardprodukten in der Altersvorsorge die Kosten insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.“ „Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester- Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat gravierende Schwächen. (...) Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von ihnen gewünscht, Bestandsschutz. (...) In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch unabhängig verwaltet ....“	„Die bisherigen Ergebnisse der Riester-Rente sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen daher bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken.“	„... die Anlagevorschriften bei der staatlich geförderten Altersvorsorge, zum Beispiel bei Riester-Verträgen, wollen wir öffnen. Der Wohn-Riester bleibt unberührt.“		„Wir wollen die Rentenprivatisierungen zurücknehmen und die Mittel der Spekulation entziehen.“ „Die private Riester-Rente ist gescheitert. (...) Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente.“
<b>1.4.2 Standardisiertes Angebot privater Altersvorsorge</b>	„Dabei soll es eine attraktive und unbürokratische Förderung durch den Staat geben.“ „Neben Produkten mit einer Leistungsgarantie sollen auch Produkte ohne Leistungsgarantie angeboten werden.“ „Wir verbinden mit diesen Maßnahmen die Erwartung, dass mehr Menschen privat vorsorgen. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, werden wir das Produktportfolio um ein staatlich organisiertes Standardvorsorgeprodukt erweitern und prüfen, ob wir zu einem stärkeren Maß an Verbindlichkeit kommen müssen.“		„Zugleich setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot der Altersvorsorge ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend angeboten wird.“			
<b>1.4.3 „Portabilität“</b>				„Wir Freie Demokraten wollen ein Altersvorsorge-Depot einführen. (...) Ansprüche aus der Altersversorgung		

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
				müssen übertragbar (Portabilität) und ein Anbieterwechsel möglich sein.“		
<b>1.4.4 Anlagevorschriften</b>		„Der Bürger*innenfonds ... investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien.“		„Wir Freie Demokraten wollen es Lebensversicherern, Pensionskassen und Versorgungswerken ermöglichen, vermehrt und einfacher in Wagniskapital, Start-ups, Aktien oder Infrastrukturprojekte zu investieren.“		

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						

## 2. Kranken- / Pflegeversicherung

### 2.1 Grundsätzliches zum Kranken- / Pflegeversicherungssystem

<b>2.1.1 Grundsätzliches</b>	<p>„Eine umfassende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ... erreichen wir ... mit dem Zusammenspiel von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen. Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab.“</p>	<p>„Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht.“</p>		<p>„Wir Freie Demokraten wollen den Wechsel zwischen gesetzlicher (GKV) und privater (PKV) Krankenversicherung vereinfachen. ... duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung.“          „Wir Freie Demokraten fordern die Einführung des Liberalen Pflegebudgets. Jede Person soll selbst entscheiden können, welche Hilfe und Leistungen bei der Gestaltung des Alltags am besten sind. Dazu wollen wir alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Pflegebudget überführen, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann.“</p>	<p>„Die AfD schlägt eine Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und gesetzlicher Krankenversicherung vor, ...          Der Leistungsumfang der sozialen Pflegeversicherung soll dabei dem Versicherungsprinzip in der Krankenversicherung angeglichen werden. ... kinderlosen Versicherten (ist) aufgrund des Wegfalls der Kindererziehung mit all den damit verbundenen Kosten im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar ....“</p>	<p>„Wir brauchen eine Solidarische Gesundheitsvollversicherung. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt.“</p>
------------------------------	---	--	--	--	---	---

### 2.2 Gesetzliche Krankenversicherung

<b>2.2.1 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern</b>		<p>„Mit der Bürger*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems einbeziehen .... Auch Beamte*innen, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen.“</p>	<p>„Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle.“</p>			<p>„Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt.“</p>
---	--	--	---	--	--	---

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
<b>2.2.2 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze</b>		„Die Beiträge sollen auf alle Einkommensarten erhoben werden, zum Beispiel neben Löhnen und Gehältern auch auf Kapitaleinkommen.“		„(Wir wollen) die Beiträge für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung ... an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.“		„In die Solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle entsprechend ihren gesamten Einkünften (Erwerbs-, Kapital- und anderen Einkommen) ein ...“ „Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze“
<b>2.2.3 Selbstbehalte, Beitragsrückerstattungen, Bonuszahlungen GKV</b>				„Krankenkassen sollen ... finanzielle Anreize wie beispielsweise Selbstbeteiligungen, Bonuszahlungen oder Beitragsrückerstattungen anbieten dürfen. Zudem sollen Krankenkassen ... freiwillig zusätzliche Leistungen anbieten können.“		„... bekommen alle medizinisch notwendigen Leistungen, auch vollumfänglich Medikamente, Brillen, Zahnersatz oder Physiotherapie.“ „Zuzahlungen und Eigenanteile fallen in Zukunft weg.“

## 2.3 Pflegeversicherung

<b>2.3.1 Pflegezusatz- / -vollversicherung</b>		„Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre Versorgung aufbringen. (...) Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. (...) Die Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege- Bürger*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.“	„Mittelfristig streben wir eine Vollversicherung als Bürgerversicherung an, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdecken.“	„An der Pflegeversicherung als Teilleistung ist festzuhalten und sie ist zudem durch Kapitaldeckungselemente zu ergänzen. Wie auch bei der Rente wollen wir ein Drei-Säulen-Modell für die Pflege einführen – bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung sowie aus privater und betrieblicher Vorsorge. (...) Mit Blick auf den demographischen Wandel sowie die Entwicklung der Sozialabgaben ist es unvermeidbar, die Pflegefinanzierung allein auf zukünftige Generationen abzuwälzen.“		„Unsere Solidarische Pflegevollversicherung deckt alle pflegerischen Leistungen ab. (...) Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden.“ „Auch Beamt*innen, Abgeordnete und Selbstständige müssen entsprechend ihren Einkommen in die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einzahlen: auch auf Einkommen aus Kapitaleinnahmen und ohne eine Beitragsbemessungsgrenze ...“ „Die private Pflegeversicherung muss in die gesetzliche überführt werden.“
<b>2.3.2 Eigenanteile</b>		„Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln.“	„Für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen werden wir den Eigenanteil deckeln, damit Pflege für sie bezahlbar bleibt.“			„Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen.“ „Bis zur Einführung einer Pflegevoll-“



Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
2.3.3 Steuerzuschüsse			„Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert.“			versicherung müssen die Eigenanteile sofort deutlich gesenkt und gedeckelt werden.“

#### 2.4 Private Krankenversicherung

	„Eine umfassende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ... erreichen wir ... mit dem Zusammenspiel von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen. Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab.“	„Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht.“	„Wir werden eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle.“	„Wir Freie Demokraten wollen den Wechsel zwischen gesetzlicher (GKV) und privater (PKV) Krankenversicherung vereinfachen. ... duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung.“		„Wir wollen die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen.“
--	--	---	--	--	--	--

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						

### 3. Banking und Finanzprodukte

<b>3.1 Grundsätzliches zu Banken, Finanzprodukten und Bankensystem</b>		<p>„Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden. (...) Wir wollen ... zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren.“</p> <p>„Das riskante Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden (Trennbankensystem).“</p>	<p>„Wir werden ... Investitionen in nachhaltige, klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren fördern.“</p>	<p>„Von Beteiligungen an im Wettbewerb stehenden Banken wie zum Beispiel der Commerzbank oder den Landesbanken muss der Staat sich trennen.“</p>		<p>„DIE LINKE will den Finanzsektor ... auf eine dienende Funktion für Gesellschaft und Realwirtschaft zurückführen. Die Finanzmärkte sollen entschleunigt und im Volumen geschrumpft werden.“</p> <p>„Wir verpflichten Versicherer und andere Finanzdienstleister, auch unter Niedrigzinsbedingungen die gemachten Garantien und Zusagen ihrer Produkte einzuhalten. Bei klassischen Lebensversicherungen dürfen Bewertungsreserven und Überschüsse, die grundsätzlich den Verbraucher*innen zustehen, nicht gekürzt werden.“</p>
<b>3.2 Aufsicht, Kontrolle, Regulierung</b>	<p>„Wir werden vor allem Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen, Regeln modernisieren und die Rahmenbedingungen für Börsengänge verbessern.“</p>	<p>„Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen .... (...) Wir wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht.“</p> <p>„Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen einfachere Regeln gelten.“</p> <p>„Statt der immer undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. ..., jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein.“</p>	<p>„Wir brauchen einen leistungsfähigen, sicheren und fairen Finanzmarkt, um den Wandel in eine digitale und nachhaltige Wirtschaft finanzieren zu können. Er muss ordentlich reguliert und überwacht werden.“</p>			<p>„Wir unterstellen den fast unregulierten »grauen« Kapital- bzw. Kreditmarkt einer wirksamen einheitlichen Finanzaufsicht und regulieren ihn strikt.“</p> <p>„Wir wollen einen Anspruch der Verbraucher*innen auf kurze, klare und vergleichbare Informationen, zum Beispiel über Kosten und Vertragslaufzeiten bei Krediten und Geldanlagen, bei Internetverträgen und Versicherungen.“</p>
<b>3.3 Kosten von Finanzprodukten</b>		<p>„Überhöhte Dispozinsen und Gebühren, insbesondere für das Basiskonto, werden wir begrenzen.“</p>	<p>„Wir werden sicherstellen, dass den Verbraucher*innen die Finanzdienstleistungen kostengünstig angeboten werden ....“</p>			<p>„Zu einem guten finanziellen Verbraucher*innenschutz gehört auch die Begrenzung unangemessener Gebühren und Entgelte für Bank-“</p>

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
						<p>dienstleistungen. Außerdem begrenzen wir die Vorfälligkeitsentschädigungen bei vorzeitiger Rückzahlung von Darlehen deutlich.“</p> <p>„Alle Menschen müssen einen Rechtsanspruch auf ein kostenfreies Girokonto erhalten.“</p>
<b>3.4 ESG / Nachhaltigkeit / Zertifizierung Finanzprodukte / Vorgaben Produktinformationen</b>		<p>„Klima- und Umweltrisiken sollen offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden sowie bei Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind neben den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Dafür braucht die BaFin eine robuste ESG-Aufsichtskompetenz gemäß der Sustainable-Finance-Regulierung.“</p> <p>„Zum Schutz des Klimas, aber auch zum Schutz der Anleger*innen, brauchen wir eine einheitliche Zertifizierung nachhaltiger Finanzprodukte auf europäischer Ebene.“</p>				
<b>3.5 Aufbau von Wohneigentum</b>	<p>„Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenem plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums zu gewähren.“</p>	<p>„Wir wollen den Erwerb von Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. (...) Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir.“</p>	<p>„Wohneigentum dient nicht nur der Versorgung mit Wohnraum, sondern auch der Vermögensbildung und Alterssicherung. Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, werden wir den Zugang zu Mietkaufmodellen oder Genossenschaftsanteilen in angespannten Wohnungsmärkten sowie den Erwerb von Bestandsimmobilien, insbesondere in vom Leerstand betroffenen Ortskernen, mit einem Programm „Jung-Kauft-Alt“ fördern.“</p>			

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
<b>3.6 Kapitalmarktbasier- te Geldanlagen</b>				„Wir wollen die langfristige Kapitalan- lage in Unternehmen attraktiver ge- stalten, damit mehr Menschen beim Sparen und bei der Altersvorsorge an den Wachstumsgewinnen teilha- ben können.“		
<b>3.7 Mitarbeiterbeteiligung</b>	„Unser Ziel ist es, die Mitarbeiterkapi- talbeteiligung weiter zu verbessern.“	„Wir werden die Mitarbeiterbeteili- gung breiter zugänglich machen und erleichtern.“		„Wir Freie Demokraten wollen die Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Chance für den langfristigen Vermö- gensaufbau etablieren.“		

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						

#### 4. Finanzberatung

<b>4.1 Grundsätzliches zum System der Finanzberatung</b>	„Wir werden vor allem Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen, Regeln modernisieren und die Rahmenbedingungen für Börsengänge verbessern.“	„Wir wollen die Finanzberatung vom Kopf auf die Füße stellen.“	„Für das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Sicherheit von Finanzmarktakteur*innen und Finanzprodukten ist es gerade für Kleinanleger*innen wichtig, dass sie eine unabhängige und an ihren Interessen orientierte Beratung erhalten können.“			
<b>4.2 Berufsbild Finanzberater</b>		„Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für Finanzberater*innen.“				
<b>4.3 Aufsicht Finanzberater</b>		„Alle Vermittler*innen und Berater*innen sollen künftig von der BaFin beaufsichtigt werden.“ „Die Finanzaufsicht soll von der Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen irreführenden Finanzprodukten zu untersagen, häufiger Gebrauch machen und für mehr Finanzbildung sorgen.“ „Zusätzlich wollen wir die Kompetenzen der BaFin im Verbraucherschutz stärken und die Beteiligungsrechte des Verbraucherbeirats ausweiten.“				„Jede Geld- und Vermögensanlage sowie jedes Kreditgeschäft muss erfasst und durch ein laufendes materielles Prüfungsrecht (Produktaufsicht) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterstellt werden.“
<b>4.4 Provisions- und Honorarberatung</b>		„Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu einer unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche Honorarordnung, die Finanzberater*innen stärkt und unabhängiger macht. Zusammen mit den Verbraucherzentralen und der Branche entwickeln wir Honorarmodelle (Ratenzahlungen, Flatrates) ...“				„Wir werden den provisionsbasierten Verkauf von Finanz- und Versicherungsprodukten abschaffen. Honorarberatung und unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen müssen gestärkt werden.“

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						

## 5. Steuern und Abgaben

<p><b>5.1 Grundsätzliches zum Steuer- und Abgabensystem</b></p>		<p>„Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und nutzen die Lenkungswirkung von Steuern für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker stellen. (...) Hohe Einkommen und Vermögen sollen deshalb mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen und niedrige werden entlastet.“</p> <p>„Unser Steuersystem wollen wir schrittweise so umbauen, dass Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden und dafür beispielsweise Steuern und Abgaben auf Arbeit verringert werden, oder die Einnahmen etwa als Energiegeld zurückgegeben werden.“</p> <p>„Wir streben an, die soziale Sicherung schrittweise weiter zu vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und ihre Auszahlung in das Steuersystem integrieren.“</p>		<p>„Wir Freie Demokraten wollen eine Trendwende bei der Abgabenquote erreichen und die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber wieder auf unter 40 Prozent senken.“</p> <p>„Wir Freie Demokraten wollen das liberale Bürgergeld. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen, auch im Sinne einer negativen Einkommenssteuer. (...) So möchten wir das Steuer- und Sozialsystem verbinden.“</p>	<p>„... bei Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommenssteuer) (könnten) die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und etliche, nach ihrem Aufkommen betrachtet, weitere kleinere Verbrauchsteuern auf Bundesebene ersatzlos entfallen.“</p> <p>„Ähnlich verhält es sich mit den sogenannten Substanzsteuern. Dazu zählen die schon erwähnte Grundsteuer, die an Haus- und Grundbesitz anknüpft, die Vermögenssteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer.“</p>	<p>„Wir wollen dafür sorgen, dass niemand im Monat weniger als 1.200 Euro zur Verfügung hat. Das ist unsere Grenze für ein gerechtes Mindesteinkommen.“</p>
<p><b>5.2 Einkommensteuer inkl. Solidaritätsbeitrag</b></p>	<p>„Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.“</p>	<p>„... den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzen-</p>	<p>„Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.“</p> <p>„Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteu-</p>	<p>Wir wollen „den Spitzensteuersatz schrittweise „nach rechts verschieben“ – mit dem Ziel, dass dieser erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greift.“</p> <p>„Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen.“</p>	<p>Abschaffung Solidaritätszuschlag</p>	<p>„Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden.“</p> <p>„Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Abgeltungsteuer von 25 Prozent werden wir abschaffen ...“</p>

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
		<p>steuersatz von 48 Prozent.“ „Untere und mittlere Einkommen entlasten wir unter anderem durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und durch unser Energiegeld.“</p>	<p>ernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.“ Den Solidaritätszuschlag haben wir für die allermeisten Bürger*innen abgeschafft. Die Einnahmen aus dem verbliebenen Solidaritätszuschlag, den nur noch die Spitzenverdiener*innen zahlen, werden wir weiter brauchen.“</p>			<p>„Ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent.“ „Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent für Einkommen oberhalb der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.“ „Wir schlagen vor, die Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer anzuheben: 1.200 Euro pro Monat werden von Steuern freigestellt.“ „DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten ...“</p>
<b>5.3 Sparerfreibetrag</b>	„Wir werden den Sparer-Pauschbetrag und die Arbeitnehmersparzulage erhöhen.“	„Kapitalerträge werden unter Beibehaltung des Sparerfreibetrages mit dem individuellen Steuersatz veranlagt.“		„Den Sparerfreibetrag wollen wir deutlich anheben.“		
<b>5.4 Vermögenswirksame Leistungen</b>	„Wir werden die vermögenswirksamen Leistungen stärken und den Höchstbetrag, den Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber erhalten können, erhöhen.“ „Gewinne aus vermögenswirksamen Leistungen sollten nach der Mindesthaltfrist steuerfrei sein.“					
<b>5.5 Spekulationsfrist Veräußerungsgewinne</b>		„Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Immobilien abschaffen. Auch werden wir die Steuerfreiheit für andere Veräußerungsgewinne, beispielsweise beim Handel mit Edelmetallen, Rohstoffen oder Kryptowerten, abschaffen.“		„Wir Freie Demokraten wollen die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist von drei Jahren für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren.“		

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
<b>5.6 Steuerliche Abzugsfähigkeit von Gehältern</b>		„Zusätzlich werden hohe Manager*innengehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen.“	„Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Manager*innengehältern werden wir begrenzen, und zwar auf das 15-fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten in dem Betrieb, in dem die Manager*in beschäftigt ist.“			„Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.“
<b>5.7 Erbschaftsteuer</b>	„Wir treten entschieden allen Überlegungen zur ... Erhöhung der Erbschaftssteuer entgegen.“		„Die Erbschaftssteuer ist reformbedürftig. (...) Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine Mindestbesteuerung einführen.“	„Wir lehnen ... eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab.“	„Die AfD fordert ... die Abschaffung der Erbschaftssteuer.“	„Zu dem Zweck sollen die heute existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt.“
<b>5.8 Finanztransaktionssteuer</b>	„Wir setzen uns für eine europäische Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage ein. Sie darf jedoch Kleinanleger und die private Altersvorsorge nicht belasten.“	„Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch eine EU-weite Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.“	„Wir werden eine Finanztransaktionssteuer einführen, möglichst im Einklang mit unseren europäischen Partnern.“			„Es braucht ein gerechtes internationales Steuersystem mit einer Finanztransaktionssteuer.“
<b>5.9 Vermögensteuer</b>	„Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögensteuer ... entgegen.“ „Wir lehnen zusätzliche Lasten wie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab.“	„Wir wollen ... Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und große Vermögen wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die Erbschaftssteuer oder die Vermögensteuer. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. (...) Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen.“	„Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen .... Deshalb werden wir unter anderem einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig wird es hohe persönliche Freibeträge geben, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögenssteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Betrieben wird bei der Vermögenssteuer verschont.“	„Wir Freie Demokraten lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer.“	Abschaffung der Vermögensteuer	„DIE LINKE fordert eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (ohne Schulden). Wer etwa mit einer Eigentumswohnung in der Innenstadt »Papiermillionär« ist, wird nicht belastet.“ „Für die Bewältigung der Coronakrise wollen wir eine Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen ist der Freibetrag 5 Millionen Euro) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden.“



Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SPD	FDP	AfD	DIE LINKE
↓ Themen						
<b>5.10 Unternehmensbesteuerung</b>	„Wir werden ... mit einer Unternehmenssteuerreform die Besteuerung modernisieren und wettbewerbsfähig machen. (...) Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln.“	„Die internationalen Mindeststeuersätze für Großunternehmen wollen wir in Deutschland und Europa ambitioniert umsetzen. (...) Zudem brauchen wir harte EU-Regeln gegen den Missbrauch von Briefkastenfirmen zur Steuervermeidung. (...) In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. (...) Wir setzen uns dafür ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter Zusammenarbeit oder gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer verschärften Zins- und Lizenzschranke und mit Quellensteuern vor.“		„Unser Ziel ist es, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden.“		„Die Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden.“ „Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite und globale Mindestsätze für Unternehmensteuern.“
<b>5.11 Weitere Steuern und Abgaben</b>		„Ungerechtfertigte Ausnahmen im Bereich der Umsatzsteuer bauen wir ab und sorgen dadurch auch hier für mehr Fairness bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben.“				
<b>5.12 Nachrichtlich: Staatshaushalt / Schuldenbremse</b>	„Wir bekennen uns zur grundgesetzlichen Schuldenbremse. Sie hat in der Krise ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen. Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der Schuldenbremse lehnen wir ab.“	„Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen.“		„Dabei stehen wir ... zur im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.“ „Wir Freie Demokraten wollen eine „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungen. Sie soll festschreiben, dass zusätzliche versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssen. So kann die Schuldenbremse des Bundeshaushalts nicht mehr durch die Verlagerung von Sozialleistungen in die Versicherungen umgangen werden.“		„Die Schuldenbremse schaffen wir ab.“